Den Berichterstattern des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
Dr. Fabian Fahl (Die Linke), Michael Kellner (Bündnis 90/die Grünen), Helmut Kleebank (SPD),
Tilman Kuban (CDU/CSU)
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 11.09.2025

Offener Brief: Umweltverbände warnen vor Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (CCS) für technisch vermeidbare Emissionen

Sehr geehrte Herren Abgeordnete,

wir schreiben Ihnen in großer Sorge bezüglich der anstehenden Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG). Die vorliegende Novelle würde einen breiten Einsatz von CCS auch für technisch vermeidbare Emissionen ermöglichen, beispielsweise bei der industriellen Prozesswärme oder für die Stromerzeugung. Damit setzt die Bundesregierung die falschen Anreize für die Weiternutzung fossiler Ressourcen und wirkt ihren eigenen Vorhaben für die dringend notwendige Energiewende entgegen.

Der Anschluss von in- und ausländischen Kohle- und Gaskraftwerken an das geplante CO_2-Transportnetz muss unbedingt ausgeschlossen werden. Die Nutzung von CCS im Energiebereich droht die Energiewende auszubremsen und zu einer Verlängerung fossiler Abhängigkeiten insbesondere von Gas zu führen, mit allen hiermit verbundenen geopolitischen Konsequenzen. Der Fokus muss klar darauf liegen, das Energiesystem unabhängig zu gestalten, den Ausbau der erneuerbaren Energien ins Zentrum zu stellen, Flexibilisierung zu fördern und bei Engpässen auf lokal hergestellten grünen Wasserstoff zu setzen. CCS-gestützte Gaskraftwerke sind dabei keine Lösung. Ihr Betrieb ist energieintensiv und stets mit Restemissionen verbunden, dadurch sind sie nie klimaneutral und schaffen gleichzeitig Unsicherheit für den Absatzmarkt von grünem Wasserstoff. Dadurch wird dessen Produktion gefährdet – und dies nicht nur für den Energiemarkt, sondern auch für die Industrie. So wie das Gesetz gestaltet ist, könnten Gaskraftwerke außerdem "CCS-ready" gebaut und subventioniert werden, obwohl eine spätere Nutzung nicht sichergestellt ist. Dass Gaskraftwerke nicht vom Gesetz ausgeschlossen werden, schafft nicht nur ein klimapolitisches Risiko, sondern droht auch die Investitionen in grünen Wasserstoff zu konterkarieren.

Es dürfen außerdem keine falschen Weichen für die Anwendung von CCS für anderweitig dekarbonisierbare Industrieprozesse gestellt werden. Investitionen in CCS-Anlagen und Infrastruktur würden den Einsatz von Gas, Kohle und Öl in der Industrie über mehrere Jahrzehnte zementieren. Der Energiebedarf der Industrie kann nahezu vollständig auf Basis von Strom befriedigt werden, wenn Prozesse elektrifiziert werden. Hier muss der Staat ein klares Signal zur Priorisierung der Elektrifizierung setzen.

Es muss vermieden werden, den Rechtsbegriff „überragendes öffentliches Interesse“ auch für den Ausbau der CO_2-Infrastruktur anzuwenden. Aktuell droht er wegen des weitgehenden Aussetzens der Umweltverträglichkeitsprüfungen vor allem Rückschritte für den Meeresschutz zu bringen. Die ohnehin fragliche Beschleunigungsfunktion des Rechtsbegriffs würde ad absurdum geführt, wenn es zu einem Patt zwischen Belangen käme, die beide in das überragende öffentliche Interesse gestellt wurden, erneut zum Nachteil des Meeres- und Umweltschutzes.

Die Meere brauchen Schutz und dürfen nicht weiter industrialisiert werden. Die entscheidende Rolle der Meere bei der Minderung der Effekte des Klimawandels und der Anpassung an seine Folgen wird durch wissenschaftliche Untersuchungen immer deutlicher. Ein Beispiel ist die Kohlenstoffspeicherung in sogenannten „Blue Carbon”-Ökosystemen wie schlickhaltigen Sedimenten oder Seegraswiesen. Doch obwohl die Meere zur Lösung der Klimakrise beitragen, leiden sie zunehmend unter ihren Folgen. Diese Effekte verstärken sich in einer Rückkopplungsschleife und schwächen die Fähigkeit der Meere, den Belastungen aus Treibhausgas-Emissionen und industrieller Übernutzung standzuhalten.

Als Umweltverbände appellieren wir daher **eindringlich** an Sie, die geäußerten Bedenken in den Fachausschüssen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Schöne
Geschäftsführer
DNR

Verena Graichen
Bundesgeschäftsführerin
Politik
BUND

Anike Peters
Kampaignerin
Klima & Energie
Greenpeace

Anna Groß
CEO
DEEPWAVE e.V.

Christoph Bals
Geschäftsführender
Vorstand Politik
Germanwatch

Heike Vesper
Vorständin Transformation Wirtschaft & Politik
WWF Deutschland

Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH

Daniel Rieger
Fachbereichsleitung
Transformation & Allianzen,
Mitglied der
Geschäftsleitung
NABU-Bundesverband